Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 180 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 5. August 1931

Reparaturarbeit.

Es ist wohl kaum voreilig, schon jetzt zu behaupten, daß die Überleitung zum unbeschränkten Zahlungsverkehr der Banken und zur vollen Verfügungsberechtigung des Kontoinhabers über das, was er als Einlage seiner Bank anvertraut hat, sich unter geringeren Schwierigkeiten vollzieht als man glaubte und befürchtete. Man darf wohl sagen, daß die vor drei Wochen ausgebrochene Panik heute fast ganz überwunden ist bis auf die letzten Ausläufer hin, und daß es wohl auch nicht mehr lange dauern wird, bis auch die letzten Reste jener Dämme beseitigt werden können, die gegen jene Panik errichtet werden mußten. Wenn z. B. in Berlin bereits am zweiten Tage der neuen Woche einzelne Banken mit der erst für den dritten Tag vorgesehenen Vollauszahlung begonnen haben, ohne dabei auf merkbare Schwierigkeiten oder gar auf einen „Run" zu stoßen, so ist dies ein gutes Zeichen dafür, daß eine merkliche Beruhigung eingetreten ist, daß das „Vertrauen", der „Kredit", zurückkehrte, der ja von entscheidender Bedeutung für eine reibungslose Arbeit des modernen, ungeheuer komplizierten Zahlungsverkehrs ist. Es ist ja auch genug geschehen, um dieses schwer erschütterte Vertrauen zunächst wenigstens in Deutschland selbst wieder zu festigen. Wo sich bedrohliche Risse im Gebäude des deutschen Bankwesens gezeigt haben, ist eifrige und gründliche Reparaturarbeit geleistet worden. Die Danat- und die Dresdner Bank mußten abgestützt werden und die scharfe Erhöhung des Diskontsatzes, die Krediteinschränkung, ja Kreditsperre der Reichsbank, sorgte dafür, daß aus jenem Gebäude nur noch das dringlich Notwendige herausgeholt wurde. Im großen und ganzen hat man diese Reparaturarbeiten vom Ausland aus kaum gestört, weil die allmähliche Verwirklichung der „Stillehaltung" gute Fortschritte machte und auf dem internationalen Geldmarkt auch insofern eine starke Beruhigung eintrat, als Frankreich seinen Goldkrieg gegen England einstellte und im Verein mit Amerika die arg bedrängte Bank von England mit einen Kredit von einer Milliarde stützen half. Das hat sozusagen die allgemeine Stimmung gehoben, auch in Deutschland, weil nun erst die Stillehaltungsaktion durchführbar wurde.

Wenn also in Deutschland die Einschränkungen des Zahlungsverkehrs für das Inland zum größten, mindestens zum wichtigsten Teil abgebaut werden konnten, ist das Gegenteil der Fall für den Zahlungsverkehr mit dem Auslande. Nicht bloß alles, was zu dem ausgedehnten Begriff „ausländische Forderungen an Deutsche" gehört, ist einer gegen die erste Verordnung über die Kapitalflucht noch verschärften Zwangswirtschaft unterworfen, nicht bloß hat das Reich nach wie vor das Recht, gegen Markzahlung die Abtretung von angemeldeten Devisen oder Devisenforderungen zu verlangen, sondern jetzt ist sogar die „Ausfuhr von Mark" ins Ausland über einen Betrag von 3000 Mark und ohne behördliche Genehmigung verboten. Das ist natürlich ein schweres Hindernis, wenn man will: ein Moratorim, das Deutschland gegenüber den Forderungen des Auslandes erklärt, und das nur in wirtschaftlich notwendigen, von den „Devisenstellen" nachgeprüften Fällen gelockert werden soll. Vor allem wird dadurch die Rückzahlung gekündigter Auslandskredite verhindert und diese Absicht ist nur zu billigen; denn es ist nicht einzusehen, warum jene Auslandsbanken, die sich an der „Stillehaltung" beteiligen, gegen jene ausländischen Kreditinstitute benachteiligt sein sollen, die nach wie vor auf Rückzahlung der von ihnen nach Deutschland geleiteten Gelder verlangen.

Vom 4. August ab darf also ohne Genehmigung der „Devisenstellen" bei den Landesfinanzämtern überhaupt keine Zahlung von Deutschland aus nach dem Auslande erfolgen, selbstverständlich auch keine sonstigen Vermögenswerte oder gar Banknoten — bis 3000 Mark — ins Ausland gebracht oder mitgenommen werden. Dadurch wird praktisch der ganze deutsche Einfuhrhandel einer behördlichen Kontrolle auch dort unterstellt, wo die Ware nicht in der betreffenden Auslandswährung, also in Devisen, bezahlt wird, sondern in Reichsmark. Die damit notwendig werdende Überwachung wird ja nicht gerade sehr erquicklich sein, hat aber einen ähnlichen Zustand als Vorgängerin, als nämlich 1924 auch die „Ausfuhr" der Rentenmark mit allen Mitteln verhindert wurde, der ins Ausland Reisende längst nicht einmal 3000 Mark über die Grenze mitnehmen durfte, sondern nur ein paar hundert Rentenmark. Die neue Devisennotverordnung belegt aber Verstöße gegen ihre Bestimmungen mit außerordentlich schweren, z. T. mit Zuchthausstrafen, behandelt sie also als Verbrechen, so daß Mithilfe gleichfalls strafbar macht.

Weniger von uns Deutschen selbst als von der Haltung, die das Ausland uns gegenüber beobachtet, wird es nun abhängen, wie lange und in welchem Umfang diese neuen und die anderen Einschränkungen und Verbote, Hemmungen und Strafandrohungen wirksam bleiben müssen. Sie sind ein, vielleicht der wichtigste Teil unserer Selbsthilfe, sind die Antwort auf die Frage gerade des Auslandes, wie wir unseren Kredit zurückerobern wollen.

Die Rundfunkrede des Reichskanzlers

Reichskanzler Dr. Brüning hat am Dienstag abend im Rundfunk eingehend über die Krise der letzten Wochen und über die Maßnahmen der Reichsregierung gesprochen. Er wies zunächst auf die vorbildliche Ruhe hin, mit der das deutsche Volk die Prüfungen der letzten Wochen ertragen habe. Es habe seinen natürlichen Sinn für Ruhe und Ordnung bewahrt, was die Anerkennung der ganzen Welt gefunden habe.

Dann fuhr der Kanzler fort:

Die Reichsregierung mußte in den vergangenen Monaten in ihren Maßnahmen, vor allem in der Reparationspolitik, ohne Rücksicht auf Agitationsbedürfnisse behutsam vorgehen, weil sie sich gewisser, in der Lagerung unseres Geldmarktes bedingten Gefahren bewußt war. Diese Politik wurde vielfach nicht verstanden. Daher haben sich für den Außenstehenden die politischen und wirtschaftlichen Ereignisse in den letzten sechs Wochen geradezu überstürzt.

Der Hoover-Plan

ist in seinem wesentlichen Inhalt Wirklichkeit geworden, wenn auch seine mehrwöchige Verzögerung schwere Rückwirkungen auf die deutsche Wirtschaft ausgeübt hat. Die in diesen Wochen erfolgte Entziehung kurzfristiger Auslandskredite in Milliardenhöhe aus den deutschen Banken bedeutet für unsere Volkswirtschaft einen

plötzlichen gefahrvollen Blutverlust.

Ein bedeutsamer Fortschritt ist aber als Ergebnis dieser Krise unverkennbar: Heute ist sich die gesamte Welt darüber einig, daß die

Geschicke der Völker auf das engste miteinander verflochten

sind, daß Störungen im Organismus eines so großen Wirtschaftskörpers wie Deutschland nicht ohne ernste Folgewirkungen auch im Ausland bleiben können.

Vor 6 Wochen sagte ich deshalb, das Gedeihen Europas und der Welt werde davon abhängen, daß diejenigen, die ein tragisches Geschick im Weltkrieg zu Feinden werden ließ, nun weitsichtig zu den Entschlüssen sich aufraffen können, welche die gemeinsam beklemmende Not von ihnen fordert. Ich sagte insbesondere, daß sich die deutsche Regierung bewußt ist, welche wichtige Rolle der zukünftigen Gestaltung der Beziehung zwischen

Frankreich und Deutschland

zufallen, und solche Erwägungen sind es, die trotz aller Hindernisse im fortschreitenden Maße bei den entscheidenden Faktoren sich durchsetzten.

Einer Einladung der italienischen Regierung folgend, begebe ich mich in Begleitung des Herrn Reichsaußenministers nach Rom. Hoffentlich werden wir demnächst den in Paris aufgenommenen

deutsch-französischen Gedankenaustausch

bei dem Gegenbesuch der französischen Staatsmänner in Berlin in freimütiger Weise fortsetzen. Die Ergebnisse dieser außenpolitischen Besprechungen sind naturgemäß nur erste Schritte auf einem Wege, an dessen Ende nach unserer Hoffnung eine

dauerhafte internationale Kooperation

stehen soll. Zwischen den Erstlingsergebnissen solcher Zusammenkünfte und den dadurch erregten Hoffnungen wird immer ein schmerzlicher Unterschied bestehen. Es wäre bedauerlich, wenn solche Anfangsenttäuschungen imstande wären, Deutschland auf dem einmal beschrittenen aussichtsreichen Wege weitergehen zu lassen.

Was das bisher

auf der Londoner Konferenz erzielte Ergebnis

anlangt, so wiederhole ich, daß der der Reichsbank bewilligte 400-Millionen-Kredit für drei Monate erneuert worden ist, daß aber durch gemeinsamen Beschluß der beteiligten Regierungen ein

weiterer Abzug von Krediten verhindert

worden ist, und daß schließlich ein Komitee erster Banken die Frage weiterer deutscher Kreditbedürfnisse prüfen und geeignete Vorschläge machen soll. Eine durchgreifende Finanzhilfe großen Stils ist damit einstweilen allerdings nicht erreicht.

In der deutschen Öffentlichkeit ist da und dort von einer umfassenden Auslandsanleihe gesprochen und

der Reichsregierung der Vorwurf gemacht

worden, daß sie aus mißverstandenen Prestigegründen den Anleihegedanken nicht ernst genug verfolgt habe. Dieser Auffassung ist die Reichsregierung mit Nachdruck entgegengetreten.

Ich stelle erneut fest, daß eine große Auslandsanleihe augenblicklich und für geraume Zeit außerhalb der Möglichkeit liegt.

Hierfür gibt es verschiedene Gründe. Ein Hindernis liegt besonders in der Tatsache, daß für eine solche Anleihe die Garantie mehrerer großer Länder verlangt wird, deren Zusage teils aus staatsrechtlichen, teils aus finanztechnischen Gründen zurzeit ausgeschlossen ist.

Vorerst ist Deutschland und seine Wirtschaft auf Selbsthilfe angewiesen, die aufgebaut ist auf dem Vertrauen in seine eigene Kraft. Niemand möge hierbei die Besorgnis haben, daß diese Stellungnahme der Reichsregierung der Ausfluß eines übertriebenen Nationalismus sei. Es ist ausgeschlossen, daß wir Deutschland mit einer chinesischen Mauer umgeben könnten, innerhalb deren das deutsche Volk unter Befriedigung seiner eigenen Bedürfnisse ausschließlich eigenem Handel und Wandel nachgehen könnte. Deutschlands Wirtschaft ist und bleibt auf das enge handelspolitische Zusammenarbeiten mit dem Auslande angewiesen. Ohne Zaudern ist die Reichsregierung schon vor und während der Pariser und Londoner Verhandlungen darangegangen, die Folgerungen aus dieser Sachlage zu ziehen. Einen gewissen Abschluß haben die ersten gewissermaßen technischen Maßnahmen am vergangenen Sonnabend gefunden.

Der Kanzler schilderte dann eingehend die bekannten Maßnahmen zur Wiederingangsetzung des Zahlungsverkehrs, zur Sicherung der Banken und zur Bekämpfung der Kapitalflucht. Aus der Schärfe der Bestimmungen, so erklärte Dr. Brüning weiter, die bis zur Festsetzung von Zuchthausstrafen gehen, möge man die Entschlossenheit der Reichsregierung entnehmen, volksschädlichen Sonderwünschen auf dem Kapitalmarkt in dieser allgemeinen Notzeit auf das entschiedenste zu begegnen. Alles, was wir in dieser Woche anordnen mußten, hat

mit Inflationsgefahr nicht das mindeste zu tun.

Eine Sorge, als ob das ersparte Geld in Gefahr sei, seinen Wert einzubüßen, ist durchaus gegenstandslos.

Im Gegenteil, die Überlegung liegt nahe, von seinem Guthaben möglichst wenig abzuheben, ja, es, wenn möglich, noch zu erhöhen, weil

die Kaufkraft des Geldes steigt.

Die Wiederherstellung des Zahlungsverkehrs hat auch den Sinn einer Frage an das deutsche Volk selbst, der Frage nämlich, ob es in

Selbstbesinnung auf seine eigene Kraft und Würde

entschlossen ist, an der Gesundung des Zahlungskreislaufs und Wirtschaftsgeschehens aktiv teilzunehmen.

Sie können auch sicher sein, daß wir nicht nur an die Großstädte, sondern mit der gleichen Sorgfalt an die Wirtschaft

in der Provinz, in Mittelstädten und auf dem Lande

denken, wenn wir auch nicht vermeiden können, daß da und dort noch Übergangsschwierigkeiten auftreten.

Von manchen Gewerbetreibenden und mancher Hausfrau würde mir der Zuruf entgegenklingen, wie es mit dem

Geldverkehr der Sparkassen

aussieht. Daher auch hierzu ein offenes Wort: Es ist richtig, daß wir zunächst davon absehen mußten, den vollständigen freien Kassenverkehr bei den Sparkassen so wie bei den Banken schon von Mittwoch ab in Wirksamkeit treten zu lassen. Das aber hängt mit dem Wesen und der Zweckbestimmung der Sparkassen zusammen. Die Sparkassenvermögen sind so sorgfältig als möglich angelegt, und zwar in erster Linie in der Anlageform, die man für die sicherste hält, d. h. in erststelligen Hypotheken. Die Sicherheit einer solchen Anlage aber muß zunächst damit erkauft werden, daß die angelegten Gelder nicht in beliebiger Höhe zurückgezahlt werden können, weil Hypotheken ihrem Wesen nach langfristige Anlagen sind. Das muß eine Sparkasse einfach mit in Kauf nehmen, denn sie ist ja ein Institut, das ersparte Vermögen mit einem Höchstmaß von Sicherheit verwalten und nicht etwa eines, das tägliche Gelder bewirtschaften soll. Gewiß ist dieses Wesen der Sparkassen, insbesondere mit Rücksicht auf die Kreditbedürfnisse des kleinen Mannes, nicht überall aufrechterhalten worden, und ein Teil der Sparkassen hat mehr oder weniger neben diesem ihrem Hauptzweck auch noch die Tätigkeit von Banken, also dem täglichen Geldinstitut, übernommen. Weil das so ist und weil dieser Dienst insbesondere den kleineren Handwerkern und Gewerbetreibenden unentbehrlich ist, hat die Reichsregierung und Reichsbank in voller Übereinstimmung mit der Deutschen Girozentrale und den Sparkassen alles vorbereitet, um auch bei den Sparkassen den unbeschränkten Zahlungsverkehr in einem nahen Zeitpunkt wieder herzustellen. Diese Dinge sind im Augenblick in Arbeit. Noch in dieser Woche muß und wird Klarheit über den Termin der Wiedereröffnung des unbeschränkten Zahlungsverkehrs im Rahmen der Satzungen bei den Sparkassen geschaffen werden.

Die Lage, wie sie nun einmal hauptsächlich durch den Abzug der Auslandsgelder entstanden ist, zwang uns, das Problem der Großbanken zunächst in Angriff zu nehmen. Aber der Eindruck, als ob Reichsregierung und Reichsbank

weniger großes Interesse für mittlere und kleinere Wirtschaftskreise haben,

oder eine vielleicht da und dort aufgetauchte Mißstimmung aus dieser Meinung heraus, sind völlig abwegig. Schon die Voraussetzung dieser Ansicht ist unrichtig. Denn die Ordnung der deutschen Großbanken kommt keineswegs nur oder überwiegend den großen Firmen und Kunden zugute. Die Gläubigerkunden, die bei einer endgültigen Erschütterung jener Banken zu Schaden gekommen wären, hätten sich auf viele Hunderttausende und zweifellos zum größten Teile auf mittlere und kleinere Wirtschaftskreise, auf Gewerbetreibende und Handwerker, ausgewirkt. Weit

über tausend Genossenschaften und Genossenschaftsbanken

stehen mit der einen der in Frage kommenden Großbanken in innigster Beziehung und wären von der Erschütterung unmittelbar und drastisch betroffen worden. Das besondere Eingreifen der Reichsregierung in diesem Fall war eine

ausgesprochene Mittelstandsmaßnahme.

Selbstverständlich kann die Reichsregierung nicht darauf verzichten, längst überlegte Maßnahmen auf dem Gebiete des gesamten Kredit- und Kapitalverkehrs und des Aktienrechts vorzubereiten. Nachdem einmal der Staat auf dringendes Ersuchen der Beteiligten sich rettend und schützend hat einschalten müssen, muß er auch Maßnahmen vorbeugender Art für die Zukunft treffen, wie es andere Völker längst getan haben.

In den Schlußsätzen erklärte Dr. Brüning, notwendig sei nun vor allem Vertrauen. Wenn die Welt sehe, daß die

Selbstbesinnung des deutschen Volkes in schwerer Stunde

sich steigere, dann zweifle er nicht daran, daß die Fortsetzung der internationalen Verhandlungen zusätzliche Kraftquellen in der Weltwirtschaft erschließen werde. Notwendig sei für die kommende Entwicklung Ruhe und Ordnung. In diesem Zusammenhang kam dann der Kanzler noch auf den Volksentscheid zu sprechen und erklärte, daß er als Staatsbürger nicht zur Wahlurne gehe, weil er das Gebot der Stunde darin sehe, alle Kräfte zusammenzufassen, die bereit sind, einer in wahrem Gemeinschaftsgeist aufgefaßten Wirtschaftsreform und einer aufbauenden Staatspolitik rückhaltlos und uneigennützig Herz und Hand zu weihen.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF